



Antrag

der Fraktion der CDU

Situation und Zukunft der Ostsee-Akademie

Der Landtag wolle beschließen:

Mit großer Besorgnis verfolgt der Schleswig-Holsteinische Landtag die Entwicklung an der Ostsee-Akademie in Lübeck-Travemünde unter der Trägerschaft der Pommerschen Landsmannschaft.

Die Ostsee-Akademie, deren Finanzierung der Bund und das Land Schleswig-Holstein in voller Höhe tragen, hat sich seit ihrer Gründung im Jahre 1988 mit sichtbarem Erfolg den Aufgaben gestellt, vor denen das Land, der Bund und die Nachbarn im Osten wie im Norden seit der Wende in Europa stehen: den Zielen der Verständigung und Zusammenarbeit über die Gräben der Vergangenheit hinweg, der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas auf dem Wege der Erweiterung der Europäischen Union sowie der gemeinsamen Entwicklung des Ostseeraumes als einer europäischen Zukunftsregion.

Als ein Forum des wissenschaftlichen Austausches, der Begegnung, des Kulturaustausches und des freien Denkens hat die Ostsee-Akademie über Partei- und Staatsgrenzen hinweg sich Respekt und internationale Anerkennung bei der Verwirklichung dieser Ziele erworben. In besonderer Weise hat die Akademie den Auftrag Schleswig-Holsteins zur Förderung guter Nachbarschaft unter den Anrainern der Ostsee erfüllt.

Mit um so größerer Sorge verfolgt der Schleswig-Holsteinische Landtag die in den vergangenen Monaten erfolgten Eingriffe der Pommerschen Landsmannschaft in die Leitung und die programmatische Arbeit der Akademie.

Ihrem Statut entsprechend, widmet sich die Ostsee-Akademie der Förderung und Erhaltung der Kenntnis der Geschichte des ganzen Pommern und seines kulturellen Erbes als Bestandteil deutscher Kultur. Sie ist jedoch kein Organ der Durchführung und Durchsetzung verbandspolitischer Vertriebenenarbeit.

Die Pommersche Landsmannschaft hat sich dadurch ausgezeichnet, dass sie früher als andere die Realitäten der Folgen des zweiten Weltkrieges anerkannt und sich für die Aussöhnung mit Polen eingesetzt hat. In den vergangenen Jahren duldet und bekennt die Landsmannschaft jedoch Äußerungen einzelner Funktionsträger, die der Versöhnungspolitik aller Fraktionen in Bund und Land entgegenwirken und die völkerrechtlich anerkannten Grenzen in Frage stellen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag appelliert an die Regierungen im Land und im Bund, die der öffentlichen Förderung zugrunde liegenden Ziele gegenüber dem derzeitigen Träger der Akademie mit Nachdruck zu vertreten.

Der Landtag fordert die Erweiterung der Trägerschaft der Akademie um öffentliche und private Institutionen aus Deutschland und den Anrainern der Ostsee und erwartet im übrigen, dass dem Beschluss des Kuratoriums der Ostsee-Akademie vom 1. November 2000 Rechnung getragen wird.

Eine weitere öffentliche Förderung der Ostsee-Akademie durch den Bund und das Land Schleswig-Holstein ist nach Auffassung des Schleswig-Holsteinischen Landtages nur dann zu rechtfertigen, wenn diese Forderungen erfüllt werden.

**Thorsten Geißler
und Fraktion**